

**2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 13. März 2008
im Tell-Saal, Ostermundigen**

Beginn: 18.00 Uhr

Schluss: 20.00 Uhr

Vorsitz:	Peter Wegmann	(FDP)	1
Stimmzählende:	Maria Anna Baumann	(SP)	1
	Markus Truog	(SVP)	1
Anwesend:	Aziz Dogan, Rudolf Kehrl, Rudolf Mahler, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Liliane Schärer, Regula Unteregger, Rudolf Wiedmer, Christian Zeyer	(SP)	10
	Erich Blaser, Marion Buchser, Hans-Rudolf Hausammann, Ernst Hirsiger, Lucia Müller, Alike Maria Panayides, Beat Weber	(SVP)	7
	Heinz Gfeller, Roger Hubschmid	(FDP)	2
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Ernst Synes, Eduard Rippstein	(CVP)	2
	Walter Bruderer, Roland Rüefli	(FORUM)	2
	Thomas Christen	(SD)	<u>1</u>
			<u>30</u>

Vertreter des Gemeinderates: Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli, Thomas Iten, Egon Julmi, Christoph Künti, Ursula Lüthy, Ursula Norton, Urs Rüedi, Thomas Werner
Gemeindeschreiberin Marianne Meyer

Entschuldigt: Mitglieder des Grossen Gemeinderates
Markus Egger, Daniel Kirchhofer, Marco Krebs, Marco Mantararo, Bruno Schröter, Meta Stäheli Ragaz, Andreas Thomann, Gerhard Zaugg

Unentschuldigt: Rupert Moser, Mevlude Nesimi

Mitglieder des Gemeinderates

--

Protokoll: Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

G E S C H Ä F T E

12	10.613 Polizeikommission		
	Polizeikommission; Ersatzwahl		59
13	50.299 Integration 63.650 Ambulante Jugendpflege 63.621 Personelles, Pflichtenhefte		
	Integration: Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen (ZiO)“; Kenntnisnahme des Projektberichtes und Kreditbewilligung für das Teilprojekt „Hausbesuchsprogramm schritt:weise“		60
14	10.372 Motionen 40.121 Busprojekte, Linienführung, Haltestellen		
	Motion SP-Fraktion betreffend gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen. Sanierung von zwei Bushaltestellen als Sofortmassnahme; Begründung		73
15	M Mitteilungen		
	Orientierung des Gemeinderates		80
16	10.375 Einfache Anfragen 30.461 Restaurant Tell		
	Einfache Anfrage W. Bruderer (FORUM) betreffend TELL-Image; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung		81
17	10.375 Einfache Anfragen 10.444 Gewerbe, Industrie, Handel (Wirtschaftsförderung)		
	Einfache Anfrage H. Gfeller (FDP) betreffend Angebot an Emmi AG zur Ansiedlung des Hauptsitzes in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung		82
18	10.372 Motionen 10.2006 Öffentlicher Verkehr (öV)		
	Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere; Realisierung zusammen mit der Stadt Bern; parlamentarischer Neueingang		85
19	10.372 Motionen 10.1749 einmalige Anlässe		
	Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang		87

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 2. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen. Begrüssen darf ich zudem heute - dies ist mit Sicherheit ein Novum - unseren Ratssekretär, Jürg Kumli. Eigentlich hast du dich ja abgemeldet und eigentlich solltest du jetzt in der PostFinance-Arena „deines Amtes als Materialverwalter walten.“ Aber eben: Der Puck läuft nicht immer so wie man denkt. Dies ist nicht nur im Politgeschehen so, sondern eben auch im Sport. Schade, auch mir wäre es eigentlich lieber, du wärst jetzt nicht hier. Trotzdem: Die Bäume wachsen nie in den Himmel, weder beim SC Bern noch bei unserer Politik. Und darum haben wir jetzt die Gelegenheit, sowohl deine wie auch meine Enttäuschung mit der Bewältigung von den heutigen Geschäften zumindest etwas verdrängen zu können.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind 30 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Gestützt auf Artikel 33 der Geschäftsordnung des GGR nimmt Herr David Keller, Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit, zu Traktandum Nr. 13 an der heutigen Sitzung teil.
- ① Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Adresslisten Parteipräsidenten/innen und Fraktionspräsidenten/innen
 - Evaluation 2007/Schwerpunkteprogramm 2008; Offene Kinder- und Jugendarbeit
 - Sammelaktion von Sonderabfällen aus dem Haushalt am Donnerstag, 17. April 2008
 - Bring- und Holtag in den Werkhof am Samstag, 17. Mai 2008
 - Mundiger Wochenplatzbörse
- ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **22. Mai 2008** statt. Diese Sitzung wird zahlreiche Traktanden beinhalten. Aus diesem Grunde habe ich die heutige Sitzung trotz an sich wenigen Traktanden nicht ausfallen lassen.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Schlüssel“.

Traktandenliste:

Traktandum Nr. 15: Orientierungen des Gemeinderates
Es liegen keine Themen vor.

Parlamentarische Neueingänge

Traktandum Nr. 16:

Einfache Anfrage W. Bruderer (FORUM) betreffend TELL-Image; Beantwortung

Traktandum Nr. 17

Einfache Anfrage H. Gfeller (FDP) betreffend Angebot an Emmi AG zur Ansiedlung des Hauptsitzes in Ostermundigen; Beantwortung

Traktandum Nr. 18

Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere; Realisierung zusammen mit der Stadt Bern

Traktandum Nr. 19

Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die dringliche Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere; Realisierung zusammen mit der Stadt Bern bedarf für eine sofortige Beantwortung die Zustimmung des Gemeinderates. Der Gemeinderat lehnt eine sofortige Beantwortung ab und das Geschäft wird anlässlich der nächsten Sitzung behandelt.

Zur Traktandenliste liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

12 10.613 Polizeikommission

Polizeikommission; Ersatzwahl

1

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Markus Egger (FDP) wird Peter A. Wegmann (FDP), Sophiestrasse 1, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. April 2008 bis 31. Dezember 2008 als Mitglied der Polizeikommission gewählt.

¹ Lucia Müller, die 2. Vizepräsidentin moderiert dieses Traktandum, da der Vorsitzende sich für diesen Kommissionssitz beworben hat.

13	50.299	Integration
	63.650	Ambulante Jugendpflege
	63.621	Personelles, Pflichtenhefte

Integration: Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen (ZiO)“; Kenntnisnahme des Projektberichtes und Kreditbewilligung für das Teilprojekt „Hausbesuchsprogramm schritt:weise“

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt den Projektbericht ZiO zustimmend zur Kenntnis. Wir sind erfreut über das Resultat, welches drei Jahre nach der Einreichung der Motion heute vorliegt. Es ist höchste Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen! Ich durfte die Entstehung des Projektes als Mitglied der Begleitgruppe mitverfolgen. Die Arbeiten waren sehr interessant. Auch meine Erfahrungen aus der Tagespflege und im Elternverein decken sich mit dem Analysebericht.

Wir von der EVP unterstützen die vorliegenden drei praktischen Projekte. Auf diesen kann aufgebaut werden. Die drei Massnahmenvorschläge „Hausbesuchsprogramm“, Integrationsvereinbarung „Sprache“ und Case-Management „Berufseinstieg“ können wir voll und ganz unterstützen. Ebenfalls bewilligen wir den Kreditantrag für das Hausbesuchsprogramm. In Ostermundigen haben wir ein gutes Frühförderungsprogramm. Das Problem besteht bei der Personengruppe, die das vorliegende Angebot nicht nutzen will. Ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass die Familien, welche schlecht integriert sind, abzuholen sind. Präventiv kann mit diesen Massnahmen viel erreicht werden. Das Hausbesuchsprogramm wird zum Erfolg führen. Das volle Programm mit 25 Familien ist ausführen zu lassen. Es ist richtig, Geld für dieses gute Integrationsprojekt zu sprechen. Auch wenn der Kanton keine Mitfinanzierung gewähren will, hat die Gemeinde Ostermundigen das Projekt durchzuführen. In diesem Zusammenhang stellen wir einen **Änderungsantrag (Nr. 1)** mit folgendem Wortlaut:

b) *Für die Jahre 2009, 2010, 2011 werden Kosten von je Fr. 149'800.--, Fr. 157'200.-- und Fr. 115'930.-- für das Projekt „schritt:weise“ bewilligt.*

c) *Ist ersatzlos zu streichen.*

Natürlich ist die Position 3 beizubehalten. Eine angemessene Drittfinanzierung ist anzustreben, darf aber nicht Bedingung sein. Wir hoffen auf die Unterstützung des Änderungsantrags durch den Rat. Besten Dank der Projektgruppe für die sehr gute Arbeit.

Synes Ernst (CVP): Die CVP-Fraktion begrüsst die Ergebnisse des Berichts über das Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen“ und wird dem Kredit für das Teilprojekt „Hausbesuchsprogramm schritt:weise“ zustimmen (inkl. dem Änderungsantrag der EVP). Ich füge an, wir tun dies mit Überzeugung, denn es handelt sich um eine

gute Vorlage, die sorgfältig erarbeitet worden ist. Und beifügen möchte ich auch, dass es sich hier für unsere Fraktion um ein wichtiges Projekt handelt.

Wir begrüssen es, dass wir heute nicht über ein theoretisches Konzept entscheiden müssen. Nachdenken über Integration ist zwar wichtig, aber damit allein fördert man ein friedliches Zusammenleben von Menschen verschiedener sozialer Schichten, aus unterschiedlichen Kulturen und Ländern noch nicht. Theoretische Konzepte verleiten auch gerne zur Annahme, man könne alle Probleme, die sich bei einem solchen Zusammenleben ergeben, lösen. Man kann Konzepte nämlich so schreiben, dass sie immer aufgehen. In Wirklichkeit aber gibt es weltweit kein einziges Integrationskonzept, das nicht irgendwie schon versagt hat, das gilt auch für die einst so hochgelobten holländischen, französischen, kanadischen oder nordischen Modelle.

Theoretische Konzepte können aber auch dazu verleiten, nicht zu handeln und zuzuwarten, bis man vielleicht noch eine bessere Lösung für die anstehenden Probleme gefunden haben könnte.

Nichts tun, abwarten - genau das können und dürfen wir uns in Ostermundigen nicht leisten. Denn unsere Bevölkerungsstruktur ist so, dass wir ein friedliches Zusammenleben nicht mehr unbedingt als selbstverständlich hinnehmen können. Wir müssen dazu Sorge tragen. Wir müssen etwas unternehmen, um es zu sichern und zu fördern. Und damit sind wir bei der heutigen Vorlage:

Die vorgeschlagenen Massnahmen weisen in die richtige Richtung. Es geht um drei Bereiche:

- Man will erstens Problemfälle möglichst früh in der Kindheit erkennen und versuchen, hier auf spielerische Art und Weise Gegensteuer zu geben. Wenn sie am vergangenen Sonntag den Artikel von Thomas Kessler gelesen haben, dann sind Früherkennung und Frühintervention die wichtigsten Grundlagen einer erfolgreichen Integration. Gerade in den ersten drei Lebensjahren werden wichtige Weichen für das ganze Leben gestellt. Was hier schief läuft, kann später nur noch mit teurem Geld oder überhaupt nicht mehr geheilt werden. Dass die Integration auf spielerische Art und Weise erfolgt, ist nur sinnvoll, denn der Mensch lernt nur nachhaltig, wenn er das Lernen als Spass und etwas Schönes erlebt. Und genau das bietet das Spiel.
- Im zweiten Punkt geht es um die Förderung der sprachlichen Kompetenzen. Auch das ist zentral: Wer die Sprache nicht beherrscht, hat im Alltag immer Mühe, sei es nun in der Schule oder im Beruf. Dass man hier mit Vereinbarungen Leistungen einfordern will, finden wir gut.
- Die dritte Massnahme sieht vor, Jugendliche beim Wechsel von der Schule ins Berufsleben zu begleiten, und zwar alle Jugendliche. Dieser Wechsel ist eine höchst kritische Phase im Leben junger Menschen. Es ist der Übergang von der geschützten Welt der Schule in das Haifischbecken des Erwerbs- und Erwachsenenlebens, in dem das Recht des Stärkeren gilt. Nicht selten machen Jugendliche bei der Suche nach einer Lehrstelle entsprechende Erfahrungen. Das im Projekt „Zusammenleben in Ostermundigen“ geplante Case-Management will nun ver-

hindern, dass es bei diesem Übergang weniger Brüche gibt als bisher und weniger schlechte Erfahrungen gemacht werden, die Jugendliche ein Leben lang negativ belasten können.

In allen drei Punkten geht es darum, dass die öffentliche Hand heute investiert, damit später keine Reparaturkosten anfallen. Aus ökonomischen Gründen ist es daher absolut sinnvoll und klug, die angeforderten Kredite zu bewilligen. Aber nicht nur deswegen sagt die CVP Ja. Wir meinen, dass der Staat ein unbedingtes Interesse an einem friedlichen Zusammenleben seiner Bürgerinnen und Bürger haben muss. Egal, wer sie sind, wie viel sie verdienen, woher sie kommen, was sie glauben und zu welcher Kultur sie gehören. Er muss aber auch ein Interesse daran haben, dass diese Bürgerinnen und Bürger fähig sind, ihr Leben zu meistern. Deshalb muss er denen, die allein dazu nicht in der Lage sind, Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Lucia Müller (SVP): Die SVP-Fraktion wird gegen dieses Geschäft nicht opponieren. Sicher ist die Idee, Kinder so früh als möglich zu fördern, wenn das Umfeld ihnen nicht die nötige Unterstützung bietet, einleuchtend und richtig. Auf diesem Grundgedanken basiert ja auch das „Früherfassungsmodell“ in Ostermundigen. Aber das Geschäft, so wie es präsentiert wird, wirft nicht nur bei der Presse, sondern auch bei uns Fragen auf.

Unsere Bedenken richten sich in erster Linie gegen die Tatsache, dass hier einmal mehr unter der Flagge „befristetes Projekt“ eine neue Dienstleistung der öffentlichen Hand ins Leben gerufen wird, deren Finanzierung zum heutigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich geklärt ist, und die jedoch - wenn sie erst einmal ins Leben gerufen wurde - kaum wieder aufgehoben werden dürfte, auch wenn der Erfolg nicht messbar oder das Projekt nicht längerfristig durch Dritte mitfinanziert sein sollte.

Immerhin soll, ganz im Sinne der SVP, der Kostenfaktor bereits bei der Lancierung des Projekts in Grenzen gehalten werden, wie die Varianten zeigen. Allerdings stellt sich schon die Frage, ob das Budget für die Einrichtung der neuen Stelle für ein im Moment befristetes Projekt nicht zu hoch ist. Geld, das nicht in der Kasse liegt oder anderweitig bereits verplant ist, kann nicht ausgegeben werden. Es ist unsere Verantwortung als Parlament, auf einen ausgewogenen Finanzhaushalt zu achten. Immerhin soll das Projekt ja Einsparungen bringen, indem spätere und damit meistens teurere Massnahmen vermieden werden sollen, wenn die Hilfe tatsächlich greift. In diesem Sinn ist die SVP-Ostermundigen bereit, beim Start dieses Versuchsballons mitzuziehen. Allerdings werden wir auch kritisch beobachten, ob das Projekt auch Wirkung entfaltet.

Wir haben gewisse Zweifel beim „Hausbesuchsprogramm“. Aufgrund des rein freiwilligen Charakters fehlen im vorliegenden Projekt Instrumente, welche Konsequenzen für jene Personen/Familien ermöglichen würden, welche nicht auf die im Projekt angebotenen Hilfsangebote eingehen wollen, aber auch nicht bereit oder in der Lage sind, ihren elterlichen Pflichten in gebotener Masse nachzukommen. Wir sind der Meinung, dass die Freiwilligkeit die Ziele des Projektes schwächen dürften. Wir hoffen mindestens, dass in bestimmten Fällen auch mit Konsequenzen gearbeitet wer-

den kann oder wird. So würden die Massnahmen auch das nötige Gewicht bei den Zielgruppen erhalten.

Presseberichten zufolge geht z. B. der Kanton Basel-Stadt den Weg des Obligatoriums - zu mindest bei der Sprachförderung. Den Deutschunterricht will er bereits für Dreijährige obligatorisch machen. Dies gerade deshalb, weil besonders Bedürftige nur schlecht erreichbar seien, gerade Eltern mit bildungsfernem Hintergrund sähen oft die Notwendigkeit einer Frühförderung nicht ein. Dieser Kanton stellt das Recht des Kindes auf Bildung vor das Erziehungsrecht der Eltern.

Wie dem auch sei: Reger Erfahrungsaustausch auch über die Kantonsgrenzen hinaus und genaues Hinsehen, was Erfolge oder Misserfolge des Projektes anbelangt, wird jedenfalls äusserst wichtig sein, um das effektivste Modell zu erkennen und allenfalls wird es auch die Bereitschaft erfordern, laufende Projekte zu überarbeiten.

Wir werden unsere Aufmerksamkeit wach halten und immer wieder hinter die Kulissen blicken, noch ist es ja nur ein befristetes Projekt und das sollte während der gesamten Laufzeit einem konsequenten und genauen Controlling sowohl in Bezug auf Kostenfrage als auch auf dessen Effizienz unterliegen.

Wir sind gespannt auf die ersten Zwischenberichte und vor allem auch, ob der Kanton seine Versprechen einhält und bei der Finanzierung nicht wieder einen Rückzieher machen wird, wenn er zur Kasse gebeten wird!

Walter Bruderer (FORUM): Grundsätzlich freut uns das ZiO-Projekt. Endlich wird ein wichtiges gesellschaftliches Problem an der Wurzel angepackt. Wir danken allen Projektbeteiligten für die grossen und interessanten Vorarbeiten. Wir haben noch Fragen, Bemerkungen und Anträge:

① Hausbesuchsprogramm

Wir haben uns gefragt, was die Frauen, die die Familien wöchentlich besuchen, in nur 1,5 Stunde pro Familie erreichen können, wenn man von den verfügbaren 90 Minuten auch noch den Weg, die Pausen, der Aufwand für Planung und Auswertung vom Besuch und den Erfahrungsaustausch abzieht.

Bei welchem Ergebnis ist geprüft worden, Migranten mit gleicher Fremdsprache zum gemeinsamen Deutschlernen aufzubieten? Deutsch lernen kann man unter Umständen besser im Gruppenunterricht. Bestimmt sind die Verhältnisse in einer Migrantengruppe (z. B. Tamilen) nicht derart unterschiedlich, dass deutsch pro Familie oder pro Kind vermittelt werden muss. Auch soziale Aspekte können in einer Gruppe besser gepflegt werden. Ist zwecks praktischer Integration auch erwogen worden, fremdsprachigen Familien die Ortsvereine rasch näher zu bringen?

① Finanzierung

Warum ist in der Botschaft nicht erwähnt, dass später in der Praxis nicht nur 15 bzw. 25 Familien im Besuchsprogramm figurieren müssten, sondern rund 100 (wie wir in

der FIKO erfahren haben)? Heisst das konkret, dass nur $\frac{1}{4}$ von allen hilfsbedürftigen Familien im Besuchsprogramm berücksichtigt werden können?

Warum müssen fremdsprachige Migranten, die deutsch lernen, Gebühren für die Teilnahme am Unterricht zahlen? Die budgetierten Einnahmen stehen vermutlich in keinem guten Verhältnis zum Inkassoaufwand, speziell bei Leuten, die eher über zu wenig Geld und Deutschkenntnisse verfügen.

Warum wird der Umfang vom Besuchsprogramm von einer Drittfinanzierung abhängig gemacht? Nachdem in der Botschaft einleuchtend erwähnt worden ist, dank diesen Hausbesuchen könnten andere Kosten verringert werden. Wer überzeugt ist, dass sich das Programm für alle Beteiligten positiv auswirkt, darf es doch nicht von einer Drittfinanzierung abhängig machen. Die Beteiligung von Kanton oder von Dritten bringt nicht nur Geld, sondern vermutlich auch Auflagen und vergrössert den bereits spürbaren Koordinationsaufwand. Wir unterstützen den Änderungsantrag der EVP-Fraktion.

① Anreize oder Pflicht, deutsch zu lernen?

Keine Freude haben wir an der Aussage betreffend „Anreize“ fürs Lernen der deutschen Sprache. Dies ist doch ein Muss. Apropos Anreize: Welche Anreize bietet denn die Eidgenossenschaft den Schweizer Jugendlichen, damit sie Militärdienst leisten? Welche Anreize bietet die Gemeinde den Eltern, damit sie ihre Kinder in die Schule schicken und Steuern und Kehrrechtgebühren bezahlen? Es ist doch zwingend, dass Leute, die in Ostermündigen wohnen wollen und ihre Kinder hier ausbilden lassen, sich a) in deutsch verständigen können und b) bereit sind, sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dazu braucht es keine Vereinbarungen: Es braucht klare Weisungen. Wer einen Job will, muss auch bereit sein, die Anforderungen vom Arbeitgeber zu erfüllen. Wer problemlos wohnen will, muss wissen, was der Vermieter von seinen Mietern verlangt.

Die Aufgabe der Gemeinde ist es primär, fremdsprachige Eltern und Erziehungsbeauftragte so auszubilden, damit sie bereit und fähig sind, ihre Kinder selber konstruktiv zu erziehen, zu fördern und zu integrieren. Wahrscheinlich wäre für fremdsprachige Kinder die Einführung eines Vorkindergartens wie im Kanton Basel-Stadt zweckmässig.

① Erfolgskontrolle

Welche Kriterien sind massgebend, um das Ergebnis der Hausbesuche als erfolgreich einzustufen? Was passiert, wenn Hausbesuche unmöglich oder erfolglos sind?

Warum soll bei ungenügenden Ergebnissen bei den Hausbesuchen drei Jahre lang zugewartet werden, bis das Programm geändert oder abgebrochen wird?

Unser **Änderungsantrag (Nr. 2)** zum Beschluss in der Botschaft (Ziffern) lautet wie folgt:

4. *Das Parlament nimmt jährlich Stellung zu einem schriftlichen Bericht des Gemeinderates über ZiO-Ergebnisse, -Erkenntnisse und -Anträge.*
5. *Das Parlament entscheidet spätestens anfangs 2011 über die Art der Fortführung oder die Aufhebung des ZiO-Projekts.*

Die Berichterstattung eines solch wichtigen Projektes darf doch nicht über den Verwaltungsbericht abgehandelt werden. Das Projekt „ZiO“ müsste im Jahre 2012 entweder nahtlos weiter geführt werden können, oder die 3 resp. 5 Besucherinnen und die Koordinatorin bräuchten genügend Zeit, um einen neuen Job zu finden.

Heinz Gfeller (FDP): Wir konnten bereits vielen Voten zuhören. Hier handelt es sich um ein Pilotprojekt. Die bereits etablierten Gesetze sind von der Gemeinde anzuwenden und umzusetzen. Eine Gesetzesänderung scheint illusorisch zu sein. In der Vordiskussion war zu hören, dass ein Eingriff in das Privatleben der Migranten nicht gewünscht wird. Diesem Votum muss entgegen gehalten werden, dass wir hier in der Schweiz keinen Platz für Ausländerghettos haben. Wohin dies führen kann, hat uns Frankreich klar aufgezeigt. Die Zielrichtung ist klar und akzeptabel.

Ein wesentlicher Punkt besteht darin, dass im vorliegenden Fall kein „Gliesskannenprinzip“ entstehen darf. Hier handelt es sich um ein Pilotprojekt und ich hoffe, dass dieses Pilotprojekt für andere Gemeinden ebenfalls zum Tragen kommt. Als Mitglied der Begleitgruppe durfte ich von einem vernünftigen Projektauftrag mit Projektzielen profitieren. Eine gute Informations- und Grundlagenbeschaffung ist ebenfalls wichtig. Des Weiteren ist eine standardisierte Berichterstattung im Verwaltungsbericht vorzusehen. Die Inhalte sollen zur Entscheidungsfindung für die Ratmitglieder dienen.

Den Änderungsantrag der EVP-Fraktion können wir nur schwerlich unterstützen. Hier handelt es sich um einen Kostenblock, welcher zulasten der Gemeinde eliminiert werden soll. In jedem gutgeführten Projekt sind Abhängigkeiten gegen Aussen schlecht. Schlussendlich kann die FDP-Fraktion das vorliegende Geschäft unterstützen.

Aziz Dogan (SP): Das Integrationsprojekt ist eine sehr gute Idee, die der Gemeinderat dem GGR vorlegt. Was heisst das „Hausbesuche“? Das bedeutet, einander kennen lernen und sich verstehen. Mögliche Freizeitprogramme von Kirchen oder Gemeinde organisiert, sind zu besuchen. Die Besuche mit Sprachkenntnisse erwidern, wenn Schweizer Kinder Zeit mit fremdsprachigen Kindern privat oder durch Hausbesuchsprogramm verbracht haben. In Zukunft sollen hier keine Probleme mehr vorhanden sein.

Die Kulturen und Religionen gegenseitig kennen zu lernen und alle werden damit automatisch integriert. Ostermündigen kennt eine vielseitige kulturelle Bevölkerung. Die verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben in einer multikulturellen Situation miteinander zu leben. Die Integrationsprobleme werden eingeschränkt und die wirtschaftli-

che Situation wird verbessert. Das hängt alles zusammen. Auch ich bin ein Beispiel eines gut integrierten Ausländers.

Norbert Riesen (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Vorstösse vollumfänglich. Wir waren sehr aktiv bei der Erarbeitung der Integrationsbestrebungen. Wir haben bereits an der letzten Sitzung über die Motion „Polizeipräsenz“ diskutiert. Bereits damals habe ich dem Rat unser umfassendes Bild präsentiert. Das Projekt „ZiO“ als wichtiger Bestandteil unterstützen wir. Das Thema „Jugendarbeitslosigkeit“ sind wir seit langem schon am bearbeiten. Am Herbstmärz 2007 sind allein 400 Anfragen eingegangen. Die SP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft. Zu einigen Details und den Änderungsanträgen möchte ich mich noch kurz äussern:

① Kosten

Hier müssen wir Klartext sprechen. Es gibt Konsumausgaben und Investitionen. Mehrmals haben wir vernommen, dass wir von Investitionen ausgehen können, d. h. wir geben Geld aus aber es fliesst auch wieder Geld in die Gemeindekasse. Hier handelt es sich nicht um einen Konsumaufwand.

① Hausbesuchsprogramm

Wir haben dieses Programm ausgiebig in der Fraktion diskutiert. Des Weiteren bin ich Mitglied der Finanzkommission und habe bereits dort deponiert, dass die Kriterien primär die Notwendigkeiten und die Dringlichkeiten sind. Diese Absicht wurde bereits in der Finanzkommission durch Beat Gafner, Leiter Jugendamt, so bestätigt. Hier handelt es sich somit nicht um einen Je-Ka-Mi.

① Finanzierung durch Kanton

Den Änderungsantrag der EVP-Fraktion werden wir unterstützen. Das Programm ist richtig. Wir sehen keinen Grund, eine Reduktion ohne kantonale Beiträge vorzunehmen. Ich möchte daran erinnern, dass wenn man von etwas überzeugt ist, auch für diese Sache eintritt. Mit „Wege zu Klee“ konnten bereits positive Erfahrungen gemacht werden. Mit Überzeugungskraft kann dem Kanton signalisiert werden, dass es sich um ein sinnvolles Projekt handelt. Dem Votum von Lucia Müller möchte ich noch anfügen, dass ich mit Aussagen „der Kanton will nicht mitmachen“ Mühe bekunde ohne Beispiele aufzuführen. Ich bin kein grosser Fan des Kantons, doch der politische Stil lässt zu wünschen übrig.

① Ghetto

Lieber Heinz Gfeller, Ghettos sind grundsätzlich nicht gut - nicht nur Ausländerghettos. Das marktwirtschaftlich die Schere zwischen arm und reich auseinander geht, ist ein Hauptgrund. Der Staat hat immer wieder Aufgaben übernehmen müssen. Wir müssen mit diesem Kompromiss zu leben wissen.

① Änderungsantrag Nr. 2 des FORUMS

Wir sind der Auffassung, die Verwaltung nicht mit Arbeiten zu überhäufen. Wenn die Verwaltung einen Bericht erstellt, so ist es letztendlich ihr überlassen, ob sie dies mit-

tels Verwaltungsbericht oder sonst in einem Bericht dem GGR kund tut. Ich erwarte nach rund eineinhalb Jahren einen ersten Zwischenbericht. Die Verantwortung und die Kompetenzen liegen bei der Verwaltung. Ein solcher Antrag ist nicht explizit aufzunehmen. Der Punkt 5 des Beschlusses bedingt kein Datum. Wenn das Projekt fertig ist, ist es fertig.

① Botschaft Seite 7 - d) Teilprojekt „Case-Management - Berufseinstieg“

Lucia Müller durfte von viel Pressepräsenz profitieren. Der Presse kann auch einmal etwas positives mitgeteilt werden. Der zweite Punkte lautet wie folgt: *Jede Schulabgehende und jeder Schulabgehende hat bis zur endgültigen Eingliederung in die Arbeitswelt möglichst keine „Lücken in seiner Bildungs- bzw. Arbeitsgeschichte“.* Diese Aussage ist selbstverständlich richtig. Eine endgültige Eingliederung in den Arbeitsmarkt kann jedoch nicht gewährt werden. Wir müssen die Arbeitsmarktfähigkeit erhalten und immer wieder beweisen. Es ist richtig, dass ein Ersteinstieg gefunden werden kann. Wenn dieser Schritt vollzogen werden konnte, ist die Arbeitsmarktfähigkeit für die nächsten vierzig Jahre nicht garantiert. Die Integration und das Zusammenleben ist mir wichtig. Für die nächsten Vorlagen sind Lösungen zu suchen. Der Kanton kann die Abzugsfähigkeit der „Weiterbildungskosten“ in die Steuererklärung aufnehmen. Dabei ist der Unterschied zwischen „Weiterbildung“ und „Zweitausbildung“ aufzuheben. Eine Zweitausbildung kann die Arbeitsmarktfähigkeit besser erhalten, als auf dem alten Beruf noch einen Kurs zu besuchen.

Heinz Gfeller (FDP): Ich möchte den Titel oder die Auszeichnung der „Märlitante“ heute Abend an Norbert Riesen weiter geben. Wieso: Ich habe den Begriff „Ghetto“ in die Diskussion eingebracht. Dies aber mit der klaren Aussage, dass wir Ghettos in der Schweiz vermeiden wollen. Wir haben keinen Platz für das und es entspricht nicht unserer Zielsetzung. Ich finde es unfair von dir Norbert Riesen.

① Investition oder laufende Kosten

Es gibt verschiedene Levels. In einem Punkt müssen wir eine materielle Investition genehmigen. Hingegen haben wir es mit unserem Wirtschaftssystem nicht fertig gebracht, Investitionen in „Menschen“ mit entsprechenden Abschreibungen zu deklarieren. Im vorliegenden Projekt haben wir in der Begleitgruppe gelernt, dass wir Massnahmen festlegen, welche Investitionen in unsere Bürgerinnen und Bürger vornehmen aber es besteht kein kommerzieller Zusammenhang, dass wir dies als Investitionen ausweisen könnten. Die Belastung fällt der Laufenden Rechnung zu.

Norbert Riesen (SP): Ich möchte mich bei Heinz Gfeller entschuldigen. Ich habe seine Aussage falsch verstanden. Eine Korrektur möchte ich noch anfügen: Wenn ich von Frau Trudi Gerster spreche, ist das nicht im Sinne eines Schimpfwortes zu verstehen. In einer Imageumfrage wäre Trudi Gerster in den „Top Ten“ aller hier im Saal Anwesenden!

Regula Unteregger (SP): Beim Votum von Lucia Müller wurde mir nicht klar, welche Position die SVP-Fraktion bei diesem Geschäft einnimmt. Auf der einen Seite werden Bedenken in Bezug auf die Befristung des Projektes und die verfügbaren finanziellen Mittel angemeldet und auf der anderen Seite wird das Beispiel des Kantons Basel-Stadt eingebracht: Sprachförderung für Dreijährige. Dieses Projekt geht sehr viel weiter als das vorliegende Geschäft und ist entsprechend mit grösserem finanziellem Aufwand verbunden.

Der Frage betreffend Rolle bzw. Finanzierung des Kantons kann ich anfügen, dass der Kanton die Qualität des Projektes beurteilt und davon die Finanzierung in Abhängigkeit stellt.

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Besten Dank für die breite Zustimmung aus dem Parlament. Im Januar 2007 wurde das vorliegende Geschäft in der GR-Klausur verabschiedet. Es wurde anschliessend abteilungs- und departementsübergreifend in Angriff genommen. Seit dem Januar 2007 konnte bereits sehr viel in Gang gesetzt werden. Seit 10 Jahren bin ich nun Gemeinderätin und in dieser Zeit war das Thema „Integration“ stets allgegenwärtig. Der Zeitpunkt ist gekommen, das Thema „Integration“ in die Realität umzusetzen. Mit dem neuen Abteilungsleiter (Jurist mit Migrationserfahrung) konnte ein fundierter Projektleiter ins Feld geführt werden. Ich möchte die Beantwortung einiger Fragen vornehmen.

① Votum EVP

Ich bin über den Änderungsantrag erfreut und kann die durchgehende Betreuung von 25 Familien nur unterstützen.

① Votum CVP

Uns war von Beginn an klar, nicht mit einem theoretischen Konzept in die Projektierung einzusteigen. Wir haben mit den vielen Interviews begonnen.

① Votum SVP

Konstruktive Kritik ist immer gut. Ich möchte nochmals betonen, dass es sich hier um ein befristetes Projekt handelt. Deshalb werden stets Zwischenberichte und letztendlich ein Abschlussbericht dem GGR vorgelegt. Das Projekt wird im Jahre 2011 nicht einfach beendet. Das Hausbesuchsprogramm für die Kleinkinder mit sämtlichen Folgen und Konsequenzen wird dem Rat ansatzweise kundgetan. Bis im Jahre 2011 sollten genügend Entscheidungsgrundlagen für eine Weiterführung oder Einstellung des Projektes vorhanden sein.

Wir gehen davon aus, dass das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt Einsparungen für die Gemeinde mit sich bringen wird. Ein Kind, welches zusammen mit seinen Eltern, rechtzeitig unterstützt wird, kann beim Kindergarten- und Schuleintritt von diesem Hausbesuchsprogramm profitieren. Die Fremdplazierung eines Kindes wäre mit wesentlich höheren Kosten verbunden.

Der freiwillige Charakter des Hausbesuchsprogramms schwächt das Projekt. Doch das ist nicht der einzige Ort: Hier wird die Privatsphäre von einigen Personen gestört. Wer die Kriterien für das Programm erfüllt, hat Anspruch auf die Hilfe und die Unterstützung zum Wohle des Kindes und der ganzen Familien.

Das Beispiel des Kantons Basel-Stadt für Deutschkurse für Dreijährige bedarf einer kantonalen gesetzlichen Grundlage. Die finanzielle Belastung für die Gemeinde ist um ein Vielfaches grösser.

① Votum FORUM

Ein Fragenkatalog wurde vorgängig eingereicht. Für dessen Beantwortung übergebe ich das Mikrophon dem Abteilungsleiter.

David Keller (AL Öffentliche Sicherheit): Zum vorgängig eingereichten Fragenkatalog von Walter Bruderer möchte ich kurz wie folgt Stellung nehmen:

① Die Hausbesuche seien mit 90 Minuten zu kurz

Diese Aussage stimmt, wenn die Hausbesucherin nur dem Kind etwas vermitteln will. Es geht aber auch darum - wie in der Botschaft beschrieben wird, die Eltern zu fördern. Die 90 Minuten dienen dazu, zu helfen. Es werden Spielkoffer (Lernspiele und keine Playstations) abgegeben, so dass die Eltern während der Woche mit den Instrumenten weiter üben können. Wenn nur einmal während 90 Minuten Frontalunterricht angeboten würde, könnte kein ausreichender Lerneffekt erzielt werden.

① Kontakt der Migrantengruppen

Der Kontakt wird so gut als möglich gepflegt. Zuerst soll dieser wöchentlich und später weniger oft stattfinden. Die Eltern und die Kinder sollen zueinander geführt werden. Aus diesem Grund ist die Koordinatorin sehr wichtig.

① Finanzierung 25 resp. 100 Familien

Es wäre ein Missverständnis, wenn das von der Finanzkommission so wie dargelegt verstanden würde. Es stellt sich die Frage, wieviele Kinder für das Hausbesuchsprogramm in Betracht gezogen werden könnten? Zurzeit werden 100 Dossiers geprüft. Wir gehen nicht davon aus, dass sämtliche 100 Kinder das Hausbesuchsprogramm benötigen werden.

① Gebührenpflichtig

Die Erfahrungen aus verschiedenen sozialen Projekte haben gezeigt, dass wenn eine Gebühr verlangt wird, es die Leute mit den Massnahmen ernster nehmen. Für die Teilnehmenden wird eine Verbindlichkeit geschaffen.

① Wieso nur eine Teilvariante

Wir sind vom Projekt überzeugt und können uns ebenfalls eine Vollvariante vorstellen. Das Projekt ist für die Kinder notwendig und wir wollten das Projekt nicht mit den

Kosten in Frage stellen. Aus diesem Grund haben wir eine kleinere Variante in die Botschaft aufgenommen.

① Pflicht zum Deutsch lernen

Pflichten können nur mit kantonalen gesetzlichen Erlassen installiert werden (siehe Basel-Stadt). Dieser Eingriff in die Freiheitsrechte darf nicht auf der Stufe „Gemeinde“ vorgenommen werden.

① Hausbesuchsprogramm

Wenn den Eltern Pflichten auferlegt werden und diese dann in drei Jahre zu bestrafen, wenn sie diese nicht erfüllen, ist das für die Eltern vielleicht schmerzhaft. Die Kinder können drei Jahre später von keinem Nutzen profitieren.

① Ausbildung für fremdsprachige Eltern

Dies ist Teil des Hausbesuchsprogramms. Den fremdsprachigen Eltern sollen Kompetenzen vermittelt werden, damit sie ihre Kinder besser erziehen und fördern können.

① Erfolgskontrolle

Das ist ein wichtiger Faktor. Das Hauptaugenmerk wird auf die Kompetenzen der Kinder geworfen, wenn sie in den Kindergarten gehen müssen. Diese Erfolgskontrolle im Bereich „Integrationsvereinbarung“ wurde gerade erst mit dem Kanton in einer ersten Sitzung besprochen. Der Kanton wird mit der Universität und den Fachhochschulen in Kontakt treten. Eine seriöse Evaluation ist gesichert. Wir werden den Rat über das weitere Vorgehen informieren. Das Hausbesuchsprogramm wird während drei Jahren umgesetzt. Danach kann über Erfolg oder Misserfolg diskutiert werden.

① Anträge im Allgemeinen

Gegen den Änderungsantrag Nr. 1 der EVP-Fraktion haben wir nichts einzuwenden.

Ob die Berichterstattung im Verwaltungsbericht oder sonst wie stattzufinden hat, ist uns egal. Wichtig ist, dass inhaltlich das Richtige berichtet wird, damit gute Grundlagen für die Weiterbearbeitung geschaffen werden können. Den neuen Antrag für die Fortsetzung des Projektes werden wir rechtzeitig stellen. Aus diesem Grund kann auf die im Änderungsantrag Nr. 2 des FORUMS unter Ziffer 5 vorgeschlagenen Textesänderung verzichtet werden.

Das Projekt ist aus der Sicht der Verwaltung deshalb gut, weil dieses vorbeugt statt repariert und weil es gegenseitig klare Erwartungen definiert. Es bietet Hilfe an und legt Massnahmen im gesetzlich möglichen Rahmen fest. Der Fokus wird auf die Hilfebedürftigen gesetzt und es wird nicht nach dem „Giesskannenprinzip“ vorgegangen.

Gemeinderätin Ursula Norton (EVP): Dem Votum der FDP möchte ich noch anfügen, dass das befristete Projekt von sämtlichen Stellen befürwortet worden ist. Der

standardisierte Jahresbericht dient als Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat wie für den GGR und hilft uns letztendlich beim Entscheid, wie weiter?

Zum Thema „Kostenblock“ möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir für diese vom GGR bewilligte Kreditsumme nie mehr soviel Gegenwert erhalten werden. Regula Unteregger hat in ihrem Votum bereits auf die Rolle des Kantons hingewiesen. Ich habe die Unterstützung des Kantons für die Einführung dieses Pilotprojektes stets begrüsst. Die Zusammenarbeit „Integrationsvereinbarung ja“ und die Qualität des Projektes sollten auch bei der Politik resp. Legislative zu einer breiten Unterstützung hinführen.

Ratspräsident: Aus dem Rat liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir haben über die beiden Änderungsanträge abzustimmen. Ich zitiere diese nochmals:

Änderungsantrag (Nr. 1):

- b) *Für die Jahre 2009, 2010, 2011 werden Kosten von je Fr. 149'800.--, Fr. 157'200.-- und Fr. 115'930.-- für das Projekt „schritt:weise“ bewilligt.*
- c) *Diese Ziffer ist ersatzlos zu streichen.*

Änderungsantrag (Nr. 2):

- 4. *Das Parlament nimmt jährlich Stellung zu einem schriftlichen Bericht des Gemeinderates über ZiO-Ergebnisse, -Erkenntnisse und -Anträge.*
- 5. *Das Parlament entscheidet spätestens anfangs 2011 über die Art der Fortführung oder die Aufhebung des ZiO-Projekts.*

A b s t i m m u n g :

- Der Änderungsantrag (Nr. 1) der EVP-Fraktion wird mit 18 zu 8 Stimmen genehmigt.
- Der Änderungsantrag (Nr. 2) des FORUM wird mit 9 zu 2 Stimmen für die Ziffer 4 und 15 zu 10 Stimmen für die Ziffer 5 abgelehnt.

Ratspräsident: Zur Botschaft inkl. Beilagen liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 1 Stimme den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Gemeinderat nimmt vom ZiO-Projektbericht „Ist-/Soll-Analyse“ in zustimmender Weise Kenntnis.
2. Der Grosse Gemeinderat bewilligt das Projekt „Hausbesuchsprogramm schritt:weise“ für die Dauer vom 1. Juni 2008 bis 31. Juli 2011, inklusive der folgenden Kosten:
 - a. Zulasten der Konten Nr. 876.301.10 bis 876.319.10 wird für das Jahr 2008 ein Nachkredit von Fr. 79'600.-- gesprochen.

Für die Einrichtung des Büros der Koordinatorin bzw. des Koordinators des Hausbesuchsprogramms wird ein Maximalbetrag von Fr. 10'000.-- zuhanden der Investitionsrechnung 2008 gesprochen.
 - b. Für die Jahre 2009, 2010, 2011 werden Kosten von je Fr. 149'800.--, Fr. 157'200.-- und Fr. 115'930.-- für das Projekt „schritt:weise“ bewilligt.
3. Das Jugendamt wird beauftragt, Lösungen für eine angemessene Drittfinanzierung anzustreben.
4. Der Grosse Gemeinderat wird jährlich via Verwaltungsbericht über den Verlauf des Projektes „schritt:weise“ orientiert.
5. Der Grosse Gemeinderat entscheidet am Ende der Projektdauer über die Weiterführung oder Aufhebung des Projektes „schritt:weise“.

14 10.372 Motionen
40.121 Busprojekte, Linienführung, Haltestellen

Motion SP-Fraktion betreffend gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen. Sanierung von zwei Bushaltestellen als Sofortmassnahme; Begründung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR das Projekt für die Sanierung der zwei Bushaltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ entsprechend dem von der Verwaltung ausgearbeiteten Konzept bis im Sommer 2008 vorzulegen. Sollte das nicht möglich sein, sind die beiden genannten Bushaltestellen einer sofortigen „sanften“ Renovation zu unterziehen.

Begründung

Im Sommer 2008 werden in der Bernstrasse von Unterführung bis Kreisel Zollgasse in einer längeren Bauphase die Wasser- und Abwasserleitungen ersetzt. Danach wird die Bernstrasse mit einem neuen Belag versehen und erhält allenfalls eine bescheidene gestalterische Aufwertung. In diesem Zusammenhang bekommt hoffentlich auch die Bushaltestelle „Ostermundigen Station“ ein modernes Gesicht.

Das ist auch dringend nötig, denn die Ostermundiger Bushaltestellen sind kein Aushängeschild für die Gemeinde.

Die beiden benachbarten Bushaltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ zum Beispiel sind in einem sehr schlechten, um nicht zu sagen verwahrlosten Zustand. Dieser Zustand dauert jetzt schon jahrelang an und es ist keine Änderung in Sichtweite. Zwar ist im Finanzplan 2008-2012 im Zusammenhang mit der Vorgabe des Bundes zur behindertengerechten Benutzbarkeit aller Verkehrsmittel eine Investition vorgesehen. Diese Vorgabe muss aber erst 2023 erfüllt sein.

Die Verwaltung hat ein Konzept zur Umgestaltung und Vereinheitlichung der Bushaltestellen ausgearbeitet. Dieses kann aber bei den zwei genannten Bushaltestellen wahrscheinlich nicht sofort umgesetzt werden.

Wenn das so ist, muss jetzt, also bis im Sommer 2008 als Überbrückung bis zur endgültigen Lösung eine „sanfte“ Renovation ausgeführt werden. Viele Leute fragen sich nämlich, warum die Gemeinde nichts unternimmt, um diese Schandflecken zu sanieren. Diese „Pinselrenovation“ kostet wenig, bringt aber sehr viel. Denn danach sehen die Haltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ wieder annähernd so aus, wie es sich für eine aufstrebende Vorortsgemeinde der Bundesstadt der Schweiz gehört und das Erscheinungsbild der Gemeinde ist nachhaltig verbessert.

Rudolf Mahler (SP): Ungepflegte Bushaltestellen waren im Bevölkerungsforum ein häufig genanntes Thema. Die Situation hat sich verbessert, da durch das Werkhof-

personal zusätzliche Reinigungen vorgenommen werden. Nun wird klar, dass nicht nur die Sauberkeit ein Problem darstellt, sondern der allgemeine Zustand. In diesem Zusammenhang fallen die Wartehallen „Waldeck“ und „Zollgasse“ negativ auf.

Im Finanzplan 2008 bis 2012 sind Investitionen vorgesehen und die Verwaltung hat ein Konzept zur Vereinheitlichung der Bushaltestellen zu erstellen. Bis ins Jahr 2023 müssen alle öffentlichen Verkehrsmittel behindertengerecht benutzbar sein (Vorgabe des Bundes). Das Konzept kann bei den Haltestellen „Waldeck“ und „Zollgasse“ nicht umgesetzt werden. Das Gebiet Waldeck/Ringstrasse wurde mit einer Planungszone belegt. Bei der Station „Zollgasse“ ist die Umgestaltung der Dreieckanlage im Gespräch. Beide Vorhaben sind noch lange nicht abgeschlossen und das Konzept kann hier nicht umgesetzt werden.

Deshalb unsere Motion: Wir fordern eine sogenannte „Pinselrenovation“, d. h. Totalreinigung, Holzbänke abschleifen und neu lackieren, fehlende Teile ersetzen, Beleuchtung überprüfen und allenfalls ersetzen (z. B. Waldeck Richtung Bern trüb) sowie eine Neumalerei der ganzen Haltestelle. Diese Vorkehrungen bringen viel. Renovierte, helle Wartehallen stärken das Sicherheitsgefühl und wirken dem Vandalismus entgegen. Das Ganze wird nicht viel kosten. Ein Teil der Arbeiten kann durch das Werkhofpersonal und ein Teil durch die ansässigen Gewerbebetriebe erledigt werden.

Ich hoffe, der Rat kann sich meinen Überlegungen anschliessen, denn die beiden Bushaltestellen haben jetzt eine Renovation notwendig.

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Die Motionäre gehen davon aus, dass der Belag der Bernstrasse im Abschnitt „Unterführung bis Zollgasse“ im Jahre 2008 erneuert wird. Bevor aber der Belag erneuert werden kann, müssen die sehr umfangreichen Werkleitungen der Gemeinde und der Werke (Wasser, Abwasser und andere Leitungen) erneuert werden. Aus diesem Grund übernehme ich den ersten Teil der gemeinderätlichen Beantwortung.

Ursprünglich war - wie in der Motion richtigerweise steht - geplant, die Wasser- und Abwasserleitungen in der Bernstrasse zwischen der Unterführung und dem Dreieck-Kreisel ab Herbst 2008 bis ca. Herbst 2009 zu ersetzen bzw. zu sanieren. Dies wurde dem Parlament und dem Stimmvolk in den entsprechenden Botschaften auch so mitgeteilt. Die Projektierung und Ausschreibung der Arbeiten kann jedoch erst richtig in Angriff genommen werden, wenn klar ist, ob und vor allem wo ein Tramtrassees gebaut werden soll. Je nach Lage des Tramtrassees werden unsere Leitungen in der Mitte der Strasse oder am Rande der Strasse eingebaut. Die Diskussion über die Zweckmässigkeit eines Trams ist im Gemeinderat unseres Wissens immer noch im Gange. Aus diesem Grund müssen wir mit dem Projektstart warten, bis Klarheit besteht. Hier sind wir abhängig von einer kantonalen Planung. Der Gemeinderat bleibt in dieser Angelegenheit am Ball und er ist mit den entsprechenden Fachstellen in Kontakt.

Ein weiterer Grund für die Verschiebung unseres Projekts sind die personellen Ressourcen in der Abteilung Gemeindebetriebe. Mit den aktuell laufenden Projekten ist die Abteilung bereits derart ausgelastet, dass ein Grossprojekt, wie jenes an der Bernstrasse, momentan nicht richtig bearbeitet werden kann. Erst nach der Einarbeitung des vorgesehenen Projektleiters „Wasser/Abwasser“ können weitere grosse Bauvorhaben in Angriff genommen werden.

Eine dritte Überlegung, den Ersatz bzw. die Sanierung der Leitungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, betrifft auch die finanziellen Ressourcen. Würde dieses Projekt auch dieses Jahr realisiert, müsste 2008 enorm viel Geld ausgegeben werden und später kaum mehr. In unserer Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre haben wir darauf geachtet, dass die Investitionen etwa gleichmässig auf die Jahre verteilt sind.

Die Gemeindebetriebe sehen nun vor, die Arbeiten in der Florastrasse, im Moosweg, in der Sophiestrasse und in der Unteren Zollgasse (alles Teile des Gesamtprojektes) im Jahre 2009 und jene in der Bernstrasse im Jahr 2010 auszuführen. Bis dahin sind die anderen, aktuell laufenden Grossprojekte (z. B. Steingrübli, Rüti) ausgeführt.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Dies allein hindert eine sofortige Sanierung der Bushaltestellen nicht, da wir davon ausgehen, dass es sich bei der Motion im Wesentlichen um die Sanierung der Personenunterstände der Bushaltestellen handelt, welche abseits der Fahrbahn liegen.

① Bushaltestelle „Waldeck“

Zurzeit wird im Bereich „Waldeck“ ein Planungsverfahren durchgeführt, welches Aufschluss über eine mögliche Bebauung der Parzelle des heutigen Swisscom-Parkplatzes (ehemaliges Kugelhaus der Swisscom) und den Bereich der Garage Blaser aufzeigen soll. Diese Planung wird auch aufzeigen, wie ein neuer Personenunterstand aussehen müsste und ob er in die Bebauung integrierbar sein wird.

Solange nicht klar geregelt ist, wie dieses Gebiet dereinst überbaut werden könnte, findet der Gemeinderat eine definitive Sanierung wenig sinnvoll.

Eine sanfte Renovation (neuer Farbanstrich der beiden Personenunterstände in einheitlicher Farbe analog dem neuen Konzept) ist mit ca. Fr. 2'500.-- veranschlagt. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2008 wird ein Nachkredit erforderlich. Die Ausführung könnte noch vor dem Sommer 2008 erfolgen.

① Bushaltestelle „Ostermundigen Station“

Diese Bushaltestelle wird solange in Betrieb bleiben, bis anlässlich der Sanierung und Umgestaltung der Unterführung im Rahmen des ESP Ostermundigen eine neue Haltestelle in der Unterführung gebaut ist. Ob und was möglich wird, wenn die Tramlösung für Ostermundigen Realität würde, kann heute noch nicht abschliessend gesagt werden. Diese Option wird jedoch weiterverfolgt.

Aus diesem Grund soll in diesem Bereich jetzt noch keine grosse Sanierung an die Hand genommen werden, bis nicht Näheres darüber klar ist.

Der Antrag des Tiefbauamtes für eine sanfte Sanierung (neuer Anstrich) wurde durch die Tiefbaukommission im Jahre 2001 abgelehnt. Im Jahre 2005 wurde erneut ein entsprechender Betrag ins Budget aufgenommen, jedoch vom Gemeinderat anlässlich der Sparmassnahmen aus dem Budget gestrichen.

Eine sanfte Renovation (neuer Farbanstrich des Personenunterstandes in einheitlicher Farbe analog dem neuen Konzept) ist mit ca. Fr. 10'000.-- veranschlagt. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2008 wird ein Nachkredit erforderlich. Die Ausführung könnte noch vor dem Sommer 2008 erfolgen.

① Bushaltestelle „Zollgasse“

Die Bushaltestellen „Zollgasse“ sind Teile der Grünanlage „Dreieckpark“. Dazu gehören die Velostation, der Personenunterstand, die öffentliche WC-Anlage und die diversen Sitz- und Verweilmöglichkeiten der Anlage. Diese Grünanlage kann nach der heutigen Situation nur schlecht durch Fahrgäste der Buslinien genutzt werden. Die Durchgangs- und Querungsmöglichkeiten sind beschränkt. Umsteiger von Velo auf Bus können ihr Fahrrad nicht optimal abstellen. Für Leute, die in ihrer Bewegungsfreiheit zeitweise oder dauernd eingeschränkt sind, ist diese öffentliche Anlage ohne fremde Hilfe kaum benutzbar (Bewegungsfreiheiten für Rollstuhlfahrende beim Ein- und Aussteigen, kein absatzfreies Begehen). Der Zugang zur Schulanlage Bernstrasse ist durch die engen Platzverhältnisse von Bushaltestelle (Richtung Rüti), Elfe (alte Steinbrucheisenbahn) und Fussgängerstreifen eingeschränkt. Gefährliche Verkehrsmanöver (Ausfahrt aus Schulanlage auf Gegenfahrbahn) z. B. von Eltern, die ihre Kinder mit dem Auto zur Schule fahren, kommen sehr häufig vor. Die Übersicht der ganzen Anlage inkl. den Personenunterständen ist sowohl bei Tag als auch bei Nacht nicht gewährleistet.

Ein sicheres und angstfreies Begehen bei Dunkelheit ist hier nicht gewährt. Durch die fehlende Ein- und Übersicht sind die vorhandenen Bauten beliebte Objekte für Vandalismus und Littering. Die Überblickbarkeit der ganzen Anlage wird durch die geschlossene, in die Jahre gekommene Wartehalle sowie durch die Hecken, Sträucher und Bäume behindert.

Da diese Anlage jeden Tag von vielen Fahrgästen der Buslinien, Zufussgehenden und Schulkindern genutzt wird, leuchtet es ein, eine benutzerfreundliche Anlage zur Verfügung zu stellen, die den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat am 16. Oktober 2007 für die Beplanung dieses Bereiches grünes Licht gegeben. Im Investitionsplan 2008 - 2012 der Gemeinde wurde ein Investitionsvorhaben in der Höhe von Fr. 350'000.-- für die Umgestaltung des Dreieckparks (siehe Projektnummer 4.501, Dreieckanlage; Umgestaltung) vorgestellt und beschrieben. Die definitive Sanierung ist voraussichtlich im Jahre 2009 geplant.

Eine sanfte Renovation (neuer Farbanstrich der beiden Personenunterstände in einheitlicher Farbe analog dem neuen Konzept) ist mit ca. Fr. 17'500.-- veranschlagt. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2008 wird ein Nachkredit erforderlich. Die Ausführung könnte noch vor dem Sommer 2008 erfolgen.

① Zusammenfassung

Die Bushaltestellen „Waldeck“ sollen definitiv realisiert werden, wenn die Bebauung im Gebiet Waldeck geregelt ist. Die Realisierung soll spätestens im Zuge mit den Bauabsichten der näheren Umgebung erfolgen.

Die Sanierung der beiden Personenunterstände an der „Zollgasse (Dreieckpark)“ sollen im Rahmen der Umgestaltung der Dreieckanlage (Dreieckpark und nähere Umgebung des Schulhauszuganges) vorangetrieben werden. Dem Parlament wird die Vorlage der Umgestaltung der gesamten Dreieckanlage voraussichtlich noch in diesem Jahr vorgelegt.

Die Personenunterstände Waldeck, Station Ostermundigen und Zollgasse sollen heuer für ca. Fr. 30'000.-- sanft saniert werden (neuer Farbanstrich).

Rudolf Mahler (SP): Die genannten Bushaltestellen sind mit diversen Projekten verknüpft. Die Renovationsarbeiten wurden uns im Jahre 2009 in Aussicht gestellt. Ich bin jedoch überzeugt, dass diese Sanierungsarbeiten erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt werden. Es wäre jedoch besonders wichtig, dass eine Sanierung bereits jetzt an die Hand genommen wird.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt die Motion. An der letzten GGR-Sitzung haben wir über mehr Sicherheit in Ostermundigen gesprochen. Sicherheit kann nicht nur mit mehr Polizeipräsenz erreicht werden, auch das mulmige „Bauchgefühl“ besonders bei der Dreieckanlage muss eliminiert werden. Das Aussehen dieser Infrastrukturanlagen hat einen wesentlichen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Ein stetiges Hinausschieben der Bushaltestellensanierung muss unterbunden werden. Die Tendenz in Ostermundigen läuft dahin, dass wenn Vandalen etwas verwüstet haben, die Anlage demontiert oder der kaputte Zustand akzeptiert wird. Kandelaber am Veloweg entlang der Umfahrungsstrasse wurden nach deren Beschädigung nicht mehr ersetzt. In beiden Kurven fehlt heute die Beleuchtung. Bei einem allfälligen Unfall kann die Gemeinde zur Rechenschaft gezogen werden.

Gemeinderat Christoph Künti (SVP): Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Aliki Maria Panayides (SVP): Da die SP-Fraktion ein Anliegen der SVP nach mehr Sauberkeit in unserer Gemeinde aufnimmt, können wir gegen diese Motion nicht intervenieren. Die Kosten von Fr. 30'000.-- für eine Pinselrenovation scheinen mir hochgegriffen zu sein. Eine günstigere Ausführung ist in Betracht zu ziehen. Die Verhältnismässigkeit sollte auch bei diesem Geschäft gewahrt bleiben.

Heinz Gfeller (FDP): Die FDP-Fraktion versteht die Anliegen der Motionäre. Allerdings steht im zweiten Satz des Wortlautes folgendes: ... *Sollte das nicht mögliche sein, sind die beiden genannten Bushaltestellen einer sofortigen „sanften“ Renovation zu unterziehen.* Die Renovationskosten belaufen sich auf maximal Fr. 30'000.--. Dieser Sachverhalt ist bereits Aliko Panayides in die Nase gestochen. Wir schlagen den Motionären vor, die Renovationsarbeiten mit einem Kostendach von Fr. 15'000.-- ausführen zu lassen.

Auf der einen Seite liegen die Konzepte in der Pipeline und auf der anderen Seite liegt ein Eventualfall vor und die FDP-Fraktion ist nicht bereit, einfach Fr. 30'000.-- zu genehmigen.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Motionäre. Die Dreieckanlage und die anderen Bushaltestellen sind keine Augenweide. Hier ist dringend Handlungsbedarf angesagt. Wichtig ist, dass bei der Zollgasse etwas ernsthaftes geplant wird. Eine helle und offene Bushaltestelle wird die Parkanlage aufwerten.

Zum Betrag möchte ich noch anfügen, dass wir der Gewaltentrennung unterliegen. Die Fr. 30'000.-- liegen in der Kompetenz der Tiefbaukommission resp. des Gemeinderates. Diese Organe sollten ihren Job und wir unseren erfüllen. Ich bitte die Motionäre, den Wortlaut nicht abzuändern.

Walter Bruderer (FORUM): Es stimmt, diese Bushaltestellen gilt es zu verschönern. Ich bin mit der Motion einverstanden. Die Lichtverhältnisse für das Fahrplanlesen bei Nacht könnten auch verbessert werden. Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich darauf hinweisen, dass es nicht sinnvoll ist, einen Finanzplan mit Fr. 100'000.-- für die Planung der Erneuerung der Bushaltestellen zu genehmigen und anschliessend wollen die Ratsmitglieder Änderungen vornehmen. Es liegt im Ermessen des zuständigen Gemeinderates, die laufenden Projekte zu koordinieren. Es macht wenig Sinn, heute einen Unterstand frisch anzustreichen, welcher in einem Jahr an einen anderen Standort verlegt wird. Das Volk würde dieses Vorgehen mit Bestimmtheit nicht verstehen. Im Finanzplan sind die Sanierungsarbeiten der Bushaltestellen bereits abgedeckt.

Rudolf Mahler (SP): Ich halte am Motionstext fest. Ein Kostendach von Fr. 15'000.-- kann ich mir nicht vorstellen. Soll nur die Hälfte gestrichen werden? Der Geschäftsablauf hat der Gemeinderat zu bestimmen. Eine Sanierung bei der Dreieckanlage ist sicher nicht unverzüglich an die Hand zu nehmen. Bei den anderen Haltestellen kann aber doch relativ unverzüglich begonnen werden.

Gemeinderat Thomas Werner (SP): Die Kostenschätzung wurde in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt erstellt. Diese Fachpersonen können die ungefähre Fläche multipliziert mit dem Preis abschätzen. „Dumpingpreise“ kommen nicht zur Anwendung. Ein ordentliches Submissionsverfahren wird durchgeführt und letztendlich liegt

die Kompetenz beim Gemeinderat. Eine weitergehende Diskussion scheint mir überflüssig zu sein.

Ratspräsident: Zur Motion liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 15 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion SP-Fraktion betreffend ein gefälligeres Erscheinungsbild der Gemeinde Ostermundigen: Sanierung von zwei Bushaltestellen als Sofortmassnahme wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

15 M Mitteilungen

Orientierung des Gemeinderates

Es liegen keine Themen vor.

16 10.375 Einfache Anfragen
30.461 Restaurant Tell

Einfache Anfrage W. Bruderer (FORUM) betreffend TELL-Image; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung

Wortlaut und Fragen

Wie gedenkt der Gemeinderat, zusammen mit dem Pächter, die folgenden zwei TELL-Imagemängel zu beseitigen:

- a. *Undefinierbare, unansehnliche Fahnen hängen traurig zuoberst am Gebäude?*
- b. *Fehlende Orientierung der potentiellen Kundschaft, dass die aktuelle Parkplatzregelung zum problemlosen Aufenthalt im Restaurant TELL geeignet ist.*

eingereicht am 27. Februar 2008

sig. W. Bruderer

Gemeinderat Egon Julmi (FDP): Solche Anliegen können direkt bei der Verwaltung erledigt werden und müssen nicht noch nachtraktandiert werden. Es ist die folgende Beantwortung des Gemeinderates vorgesehen:

① Zu Punkt a)

Die beiden Fahnen zuoberst an der Hauptfassade gegen die Bernstrasse waren tatsächlich keine Augenweide. Sie wurden auf Hinweise aus der Bevölkerung beim Hochbauamt bereits am 3. März 2008 entfernt. Ein Ersatz ist aus Gemeindesicht nicht vorgesehen, da keine frei verfügbaren Hängefahnen, welche den Montagevorgaben an Fassaden entsprechen, verfügbar sind.

① Zu Punkt b)

Auf dem Parkplatz des Tells stehen an drei Standorten gut sichtbare Tafeln, auf welchen nicht nur die Zeiten der Gebührenpflicht, sondern ebenfalls klare Hinweise auf die Gratisparkzeit angeschrieben sind. Auf dem Ticketautomaten, welcher während den gebührenpflichtigen Stunden bedient werden muss, steht ebenfalls klar und deutlich, dass die ersten drei Stunden gratis sind und dass dafür ebenfalls ein Ticket herausgelassen werden muss.

Der Gemeinderat sieht angesichts dieser allgemein üblichen, klar und verständlich präsentierten Information keine Veranlassung eine weitere Schrift an zu bringen, welche die bestehenden Informationen wiederholt.

17 10.375 Einfache Anfragen
10.444 Gewerbe, Industrie, Handel (Wirtschaftsförderung)

Einfache Anfrage H. Gfeller (FDP) betreffend Angebot an Emmi AG zur Ansiedlung des Hauptsitzes in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang und Beantwortung

Veranlassung

Am 5. Februar hat die BZ den Beitrag veröffentlicht: „Emmi muss 20 Millionen sparen.“ Darin teilt Emmi AG mit, dass sie sich im Laufe des Jahres 2008 für einen neuen Standort für ihren Hauptsitz entscheiden will.

Ausgangslage

- Emmi AG ist ein gut verwurzelter, junger Betrieb der schweizerischen Milchwirtschaft, der im neu sich öffnenden Markt für Milchprodukte europaweit eine wesentliche Rolle spielen will.
Aktuell ist der Betrieb daran, sich im marktwirtschaftlichen Umfeld mit fallenden Staatsschutzmassnahmen mit Erfolg und Nachhaltigkeit neu zu positionieren. In diesem Prozess hat er Schweizweit bereits eine hervorragende Stellung, mit Zweigbetrieben über die ganze Schweiz verteilt, erarbeitet.
- Ostermundigen als Vorstadt von Bern, bietet gerade für diese Firma riesig viele Vorteile als potentielle Standortgemeinde für ihren Hauptsitz. Im besonderen:
 - Die zentrale Lage in der Schweiz
 - Die vortreffliche Verkehrserschliessung für Personen und Güter
 - Nähe zur Bundespolitik
 - Die überaus hohe Lebensqualität in der überschaubaren Region Bern
 - Die vernünftige Steuerbelastung sowie die erfolgsorientierte Wirtschaftsförderung von Kanton und Gemeinde
 - Der überparteilich abgestützte Wille der Gemeinde, in der Region als attraktiv und fortschrittlich aufzutreten im besondere auch für erfolgsorientierte Personen und Firmen
 - Das grosse Angebot an kulturellen Leistungen der Stadt Bern und der Vorstadt Ostermundigen
 - Das intensive Vereinsleben in unserer Gemeinde
 - usw.
- Die FDP Sektion Ostermundigen setzt sich vorbehaltlos ein für einen Prozess, der zur erfolgreichen Ansiedlung des Emmi-Hauptsitzes in der Gemeinde Ostermundigen führt.

Fragen

1. Welche Massnahmen hat der Gemeinderat bis heute ergriffen, zum Motivieren der Firma Emmi zur Standortwahl Hauptsitz Ostermundigen?
2. Welche Massnahmen werden geplant für das Erreichen eines erfolgreichen Abschlusses dieser Zielsetzung?
3. Wo und wie können Parlament und Parteien unterstützend einwirken für das Erreichen dieses Zieles?

eingereicht am 12. März 2008

sig.: H. Gfeller

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte die Fragen wie folgt beantworten:

1. Die Firma Emmi ist für die Gemeinde ein sehr wichtiger Partner, deshalb pflegt der Gemeinderat über verschiedene Kanäle einen regelmässigen Kontakt. Diesen Kontakt hat der Gemeinderat auch aufgenommen, als er erfuhr, dass sich die Firma Emmi nach einem neuen Hauptsitz umschaute. Allerdings erhielt der Gemeinderat von der zuständigen Stelle eine klare Antwort: Die Firma Emmi konzentriert sich bei der Standortsuche für den Hauptsitz auf die Zentralschweiz. Ostermundigen ist nicht im Fokus.
2. Der Gemeinderat steht auch regelmässig in Kontakt mit der kantonalen Wirtschaftsförderung, dem beco, nicht zuletzt wegen der Arbeitszone Mösli. Die Vertreter des beco waren von der Haltung der Firma Emmi nicht überrascht, da die Firma bekanntermassen ihr Wurzeln seit langer Zeit in der Zentralschweiz hat. Das Abwerben von Firmen aus andern Kantonen ist beim beco verpönt, und deshalb unterlässt es entsprechende Bemühungen.
3. Parlament und Parteien können aus meiner Sicht auch nicht mehr dazu beitragen, dass sich Emmi doch noch umbesinnen würde. Ich bin weiter der Auffassung, dass man bei einem Partner, den man ernst nimmt, seinen Entscheidungen respektieren muss.
4. Wir haben schon heute allen Grund, die Firma Emmi sehr ernst zu nehmen. Die Emmi AG hat nämlich ihre Firma in verschiedene Zweige aufgeteilt. Die Emmi Frischprodukte AG hat ihren Sitz in Ostermundigen, und damit gehört Emmi schon heute zu einem der besten Steuerzahler unter den juristischen Personen in Ostermundigen. Weiter ist die Emmi ein sehr wichtiger Kunde im Bereich Wasser und Abwasser, und mit mehreren hundert Arbeitsplätzen gehört sie auch zu den grössten Arbeitgebern in Ostermundigen. Nicht zuletzt verläuft die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Emmi sehr angenehm und unkompliziert, und es ist eine sehr sympathische Geste, dass sie uns bei der Familien-

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 13. März 2008

Fanmeile während der Euro 08 unterstützt. Sie wird Getränke und Glacen in grösserem Umfang gratis zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich sähe der Gemeinderat den Hauptsitz der Firma Emmi sehr gerne in Ostermundigen, aber wir freuen uns auch über die Präsenz der Emmi Frischprodukte AG, und wir werden die guten Kontakte weiterhin pflegen.

18 10.372 Motionen
 10.2006 Öffentlicher Verkehr (öV)

Motion W. Bruderer (FORUM) betreffend ergänzende ÖV-Erschliessung der Südquartiere; Realisierung zusammen mit der Stadt Bern; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Aus den Medien ist zu entnehmen, dass 850 Personen eine Petition zur abendlichen ÖV-Erschliessung der Quartiere „Tiefenmösli, Merzenacker und Robinsonweg“ an die Stadt Bern gerichtet haben. Die vom FORUM eingereichte, noch auf Realisierung wartende Petition, die seinerzeit von über 400 erwachsenen Ostermundiger/innen unterschrieben wurde, ergänzt die Berner Bittschrift auf zweckmässige Weise.

Nachdem die Gebiete längs Dennigkofenweg, Oberer Zollgasse und Bachstrasse weder am Abend noch teilweise an Sonn- und Feiertagen mit ÖV erschlossen sind und nur Ostermundigen-betreffende Vorstösse entweder vom Parlament oder vom Gemeinderat abgelehnt worden sind, ist es naheliegend, die alte Pendeuz jetzt in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern zu beseitigen. Die Chancen, dies kostenbezogen optimal sowie rasch zu tun, sind besser denn je.

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern rasch eine zweckmässige, kostengünstige Lösung zu suchen, wie die Ostermundiger Südquartiere auch abends sowie sonn- und feiertags mit ÖV versorgt werden können.

eingereicht am 13. März 2008

sig. W. Bruderer

Ratspräsident: Wir haben bereits Eingangs der Sitzung gehört, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, dies Motion schon heute zu beantworten. Dieser Umstand ist gemäss der „Geschäftsordnung des GGR“ legitim.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): In dieser Woche ist eine Petition des Quartiervereins „Robinsonweg/Merzenacker“ eingereicht worden. Die Petition wurde von 563 Personen aus der Stadt Bern und von 287 Personen aus der Gemeinde Ostermundigen unterzeichnet. In der Petition wird festgehalten, dass sich der seinerzeitige Taxibetrieb nicht bewährt hat. Die Unterzeichnenden schlagen einen gemeinsamen und attraktiven Fahrplan auf der Linie 28 vor. Die Petitionärinnen und Petitionäre bringen ein konkretes Anliegen vor. Sie verlangen, dass die Abendkurse auf der Linie 28 wieder fahren und sie verlangen keine anderen Variantenprüfungen.

Von der Sache her besteht keine Dringlichkeit. Wir können ohne Nachteile auch am 22. Mai 2008 über die Anliegen diskutieren. Der Gemeinderat hatte am letzten Dienstag keine Sitzung und konnte so keine offizielle Stellungnahme verfassen resp. abgeben. Des Weiteren ist dem Gemeinderat der Petitionstext nicht bekannt. Die Petition ist konkreter als die von Walter Bruderer eingereichte Motion. Der Gemeinderat wird zum Anliegen der Petitionäre Stellung nehmen und auch den GGR informieren. Ob bis im Mai bereits eine Offerte vorliegt, kann ich heute nicht abschätzen.

19 10.372 Motionen
 10.1749 einmalige Anlässe

Motion FDP-Fraktion betreffend Durchführung von „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine konkrete Bewerbung beim Ansprechpartner Schweizer Fernsehen SF1 zur Realisierung eines Anlasses „Donnschtig-Jass“ in Ostermundigen zu vollziehen. Und bei Erhalt von Zustimmung die hierfür administrativ wie auch organisatorisch notwendigen Belange umzusetzen bzw. gegebenenfalls zu delegieren.

Begründung

Seit Jahren werden die äusserst beliebten Anlässe während den Sommermonaten turnusgemäss in zahlreichen Gemeinden durchgeführt. Unter aktiven Mitbeteiligungen der Ortsbevölkerung. Sowie mittels Direktübertragungen durch SF1, belegbar mit hohen Einschaltquoten. Folglich optimalste Voraussetzungen zu lukrativen Anreizen für unsere Bevölkerung. Uns zur Veröffentlichung von präsentem Standort-Marketing.

Die durch den massgebenden Ansprechpartner abverlangten Grundbedingungen präsentieren sich in Anbetracht von unseren vorhandenen Infrastrukturen als problemlos erfüllbar. Mit der Einbindung von zweifelsfrei interessierten Sponsoren sind zudem kaum wesentliche Kosten zu Lasten unserer Gemeinderechnung zu befürchten.

eingereicht am 13. März 2008

sig.: R. Hubschmid H. Gfeller P. Wegmann

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident: Der Ratssekretär:

Peter Wegmann

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Maria Anna Baumann

Markus Truog